



Bonnementspreis vierteljährlich mit „Mittwoch's Sonntagblatt“ u. „Blätter für Unterhaltung und Belehrung“ bei den Anstägern 1,40 Mk., in den Ausgabeämtern 1,20 Mk., beim Postlager 1,50 Mk., mit Randbriefträger-Bestellung 1,95 Mk. Die einzelnen Nr. wird mit 10 Pf. berechnet. Subaction und Expedition: Altenburger Schulplatz 5. Redacteur: Oskar Adolf Leibholdt in Merseburg. Sprechstunde: 1-2 Uhr Mittags.

Insertions-Gebühr für die 5 gespaltene Copyspaltel oder deren Raum 13 1/2 Pf. für Private in Merseburg und Umgebungs 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung nach Vereinbarung. Complicirter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Reclamen außerhalb des Inseratenteils 30 Pf. Belagen nach Uebereinkunft. Gemüthliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen.

Das „Merseburger Kreisblatt“ erscheint täglich Nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigen-Annahme für die Tagesnummer bis 9 Uhr Vormittags, größere Anzeigen werden möglichst tags zuvor erbeten.

Merseburger Kreisblatt.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreis-Verwaltung.)

Bekanntmachung.

Nachdem der General-Director der Land-Genossenschaft des Herzogthums Sachsen, Königliche Landrath a. D. Herr Varrth am 5. Juni d. J. verstorben ist, hat der Directorialrat der Genossenschaft in Gemäßheit des § 9 des rvidirten Reglements der Genossenschaft vom 21. August 1863 (Sächs.-Sammlung Seite 549) mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz beschloffen, daß bei der Wiederbesetzung der Stelle des General-Directors der Genossenschaft die Stellvertretung durch mich und im Falle meiner Behinderung durch den General-Inspector der Genossenschaft Herrn Sachse geführt wird.

Der stellv. General-Director der Land-Genossenschaft des Herzogthums Sachsen.

General-Director der Provinzial-Städte-Genossenschaft der Provinz Sachsen.

Merseburg, den 4. Juli 1893.

* Nachwort zu den Wahlen.

SC. Der alte Reichstag war aufgelöst worden, weil sich trotz des Entgegenkommens, das die verbindehten Regierungen mit ihrem Eingehen auf den Antrag Jäne bewiesen hatten, keine Mehrheit für eine Verlängerung finden ließ. Noch im April hatte manches nationalgefehrtes Blatt lebhafteste Bedenken gegen den Gedanken der Auflösung geltend gemacht; es wurde damit ein Wahlkampf von neuem begonnen, der sich in der Hauptsache, d. h. für die Militärvorlage, doch hauptsächlich nicht erreicht werden, da bei der Zerstretheit des Parteiseins und bei der unangenehmen Geschäftslage die allgemeine Stimmung nicht günstig sei und die innere Lage durch das rücksichtslose Vordringen radikaler Elemente verkompliziert werden könne. Leicht war der Entschluß zur Auflösung gewiß nicht zu fassen, aber er mußte gefaßt werden, da mit der Verklarung unserer Wehrkraft die Sicherung der Zukunft des Reiches auf dem Spiele stand und da in einer Zeit innerer Wirren eine zurückweichende, schwankende und unentschlossene Regierung das schlimmste von allen Leben wäre. Verlust und Auszug des Wahlkampfes haben die Bedenken gegen die Auflösung wiederlegt und der Opposition im vorigen Reichstag Unrecht gegeben. Die Wahlen sind im Ganzen ruhig verlaufen und die Erregung der Gemüther kaum größer als in früheren Wahlkämpfen. Die innere Lage ist nicht verworren, sondern klar geworden. Vor allem ist die sozialdemokratische Gefahr der bürgerlichen Gesellschaft zu deutlich vor die Augen getreten, daß in weiten Kreisen die Notwendigkeit eines feineren Zusammenhanges und des Zurückdrängens seiner Parteinteressen unter den Elementen, die für die Erhaltung der Staatsordnung eintreten, mehr als je erkannt wird. Zwar hat die sozialdemokratische Bewegung lange nicht so zugenommen, als die Sozialdemokratie selbst erwartet hatten, und wenn auch die Bewegung mit ihrer größeren Ausdehnung mehr beschlagen mag, so sind doch darin Gefahren kaum vorhanden, um die Uebersicht unter den bürgerlichen Parteien zu mägen und abzuschwächen. Die Veränderung der Reichstagen-Parteien und ausgehörter parlamentarischer Wähler mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen widerspricht der Behauptung, daß sich in Bezug auf die sozialistischen Bestrebungen eine Klärung zeige, nicht, sondern bestätigt sie. Mit diesem Rucke nach links hat die Freisinnige Partei eine Scheidung von den sogenannten Ordnungsparteien vollzogen und zugleich diejenigen liberalen Elemente von sich abgeschlossen, die bisher nur mit unterdrücktem Mißmuthe einer fortgesetzten Parteipolitik der Vereinigung und zerstreuten Abgelsucht gefaßt waren. Für die nächstliegende große Aufgabe der Reichsgesetzgebung endlich hat sich ein Verständnis gezeigt, das die pessimistische Behauptung eines ununterbrochenen Niederganges des nationalen Gedankens im deutschen Volk zu widerlegen geeignet ist. Die Militärvorlage, die für die Regierung die einzige Wahlparole war und sein mußte, hat zwar die Wahlbewegung nicht ausschließlich beherrscht, aber gerade auf der Seite, wo daneben wirtschaftliche Interessen lebhaft geltend gemacht wurden, hat man die große nationale und auch wirtschaftliche Bedeutung der Wehrfrage am wenigsten verkennen wollen. So erscheint denn eine Verklärung der Konserwativen und Mittelparteien, denen sich die Antisemiten anreihen und durch die schwere Niederlage des Richter-

sen Freisinnigen, der die Führung der Opposition im vorigen Reichstage hatte, der Hauptzweck der Auflösung erreicht, nämlich eine Mehrheit zu gewinnen, mit der sich die verbindehten Regierungen über eine Lebensfrage der Nation verhandeln können.

Die neue Militärvorlage.

Die Abweichungen der neuen Militärvorlage vom Antrag Jäne betreffen, wie die N. N. J. hört, nur ganz untergeordnete Punkte. Zunächst heißt es im § 2 des Art. 1: „Anfang 24 werden nur 23 Bionterbataillone formirt.“ Der Grund hierfür ist folgender: Bayern hat jetzt 2 Bionterbataillone zu je 5 Kompagnien und wollte einen Bataillonstab und eine Kompagnie neu formiren, so daß es dann 2 Bionterbataillone zu je 4 Kompagnien und 1 Bionterbataillon zu 3 Kompagnien gehabt haben würde. Diese Absicht ist wegen des Auftrags an der Friedenspräsenz ausgegeben. Bayern behält auch ferner nur 2 Bionterbataillone. Lediglich reorganisatorischer Natur sind nachstehende Änderungen im Art. 2: In der zweiten Zeile des Art. 2 ist das Wort „aktiv“ gestrichen. Im § 1 heißt es statt: „Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht;“ während der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere sind die Mannschaften u. c.“. Während der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere sind die Mannschaften u. c.“. Ferner ist jetzt in der 4. Zeile statt „bei der Fahne“, bei den Fahnen“. Im § 2, 2. Abz. 3. bzw. 4. Zeile ist jetzt statt: „Dienstpflicht“, Dienstzeit“. § 3 lautet jetzt: „Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre!“ § 4 lautet nun: „Alle diesen Artikel entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die bezüglichen Festsetzungen des § 6 des Gesetzes betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November 1867 und des § 2 des Artikels 2 des Gesetzes betr. Änderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 treten außer Kraft.“ Im Artikel 5 ist vor den Schlussworten „zur Anwendung“ eingeschaltet: „vorbehaltlich der Vereinbarung zwischen den Militärverwaltungen Preußens und Württembergs wegen der Ueberführung des Infanterieregiments Nr. 13 auf preussischen Etat.“ Dieser Zusatz ist bedingt durch die Uebernahme des württembergischen Fuß-Artilleriesbataillons auf Preußen.

Abermals ein siegreiches Gefecht in Deutsch-Ostafrika.

Aus Deutsch-Ostafrika liegt im „Deutschen Anbl.“ ein Bericht des Vicenotenans Storch aus Mpwapwa über ein Gefecht bei Kwamba vor. Die dortigen Bewohner, ein trotziges Bergvolk vom Stamme der Wafaguru, die mit Europäern noch in keine Verbindung gekommen, waren beunruhigt Leute erschlagen zu haben. Die Verwandten riefen den Schutz der deutschen Station an, die Kwamba-Leute erklärten jedoch, daß sie die deutsche Herrschaft nicht anerkennen. Darauf wurde der Angriff gegen Kwamba, das auf den freien Rücken ziemlich hoher Berge liegt, beschloffen und durchgeführt. Der Hauptort wurde am 4. Mai genommen, Gefangene und viel Vieh erbeutet. Viele Eingeborene fielen im Kampf, drei Kwamba, die als Gefangene einen Fingerring hatten, wurden erschlagen. Auf deutscher Seite wurden zwei Sabeln-Maskirer verwundet.

Nachklang zu den Reichstagswahlen.

Der für Walenburg (Schlef.) gewählte Reichstagsabgeordnete Bergmann Möller-Gelsenkirchen existirt der Schlef. Volksz. zufolge gar nicht, sondern nur ein Schneider dieses Namens. Daher wäre die Wahl voraussichtlich ungültig. Abg. Bebel hat definitiv in Straßburg, Abg. Ahlwardt in Friedeberg-Arnswalde, Abg. Zimmermann (Antiemit) in Dresden ein Mandat angenommen, so daß Ersatzwahlen für Hamburg, Kurland und Altschlief erforderlich werden. Wie mitgeteilt wird, wollen die Antisemiten im Reichstage, die bekanntlich 16 Mann stark sind, vor keine geschlossene Fraktion bilden, dagegen „bei einem gemeinsamen Vorgehen in der Judenfrage nicht ausgeschlossen.“ In einem „offenen Wort“ an seine Arnswalder Wähler hat Abg. Ahlwardt erklärt: „Keine Konserwativen Segner sagen, ich sei Schuld an der Aushebung der Sozialdemokratie. Das ist unwarh. Die Junter und Juden, die das Volk ausfinden und zur Verzweiflung treiben, sind daran Schuld.“ Hierzu bemerkt die Nordd. Allg. Ztg.: „Für gewisse Freunde Ahlwardt's ist das eine lehrreiche Sentenz.“

Ein Attentat auf den russischen Kronprinzen?

Die Berl. Neut. Nachr. schreiben: Ueber ein Eisenbahnattentat, dem der russische Kronprinz auf seiner Reise von Petersburg hierher beinahe zum Opfer gefallen wäre, wird uns von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet: In der Nacht zum Mittwoch kam der Schnellzug, der den kaiserlichen Solowagen des Thronfolgers mit sich führte, unweit Dinaburg plötzlich zum Stehen. Eine zur Sicherheit dem Zuge vorausgeschickte Abtheilung, bekanntlich eine kaiserliche Vorhut, besaß alle Reiter, der Garenfamilie, war entleert und der 5 Minuten später nachfolgende Zug knapp vor der Unglücksstelle zum Halten gekommen. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Schienen auf eine längere Strecke — nach der Schätzung unseres Gewährsmannes etwa 1 Werst — entfernt worden waren. Der betr. Bahnwärter war verschwunden, ob freiwillig, ob von den Thätern vergewaltigt, steht dahin. Nachdem eine Anzahl Arbeiter herangezogen worden war, konnte die Fahrt mit fünfminütiger Verpätung fortgesetzt werden. Die russische Regierung bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben.

Politische Nachrichten. Deutsches Reich.

* Vom Kaiserhofe. Unser Kaiser ließ sich am Montag Vormittag die regelmäßigen Marinevorträge halten und unter dem Nachmittags eine längere Wasserfahrt auf der Spavel. Die Kaiserin wohnte Abends der Einweihung einer neuen Kapelle in Waoth bei Berlin bei. Die Nordlandfahrt des Kaisers. Die Norddeutsche Allg. Ztg. bringt folgende Mittheilung: Wie wir hören, ist es zur Zeit noch zweifelhaft, ob Sr. Majestät der Kaiser in diesem Jahre eine Nordlandreise unternehmen wird. Keinesfalls dürfte die Abreise erfolgen, bevor die Entscheidung über die Militärvorlage gefallen ist. Zur vorigen Abstimung war der Kaiser bekanntlich von seinen Reisen vorseig zurückgekehrt. — Kaiserliche Anerkennung. Das „Dtsch. Anbl.“ meldet: Dem Major v. Francos, sowie den ihm unterstellten Offizieren und Mannschaften der kaiserlichen Schutztruppe ist die Anerkennung des Kaisers für die erfolgreiche Erfüllung von Horstanz ausgesprochen worden. — Heute Dienstag Mittag 12 Uhr wird der Kaiser nach vorangegangenen Gottesdienste die neue Session des Reichstages im Weißen Saale des Berliner Schlosses eröffnen. Der Reichstag wird seine erste Sitzung am Nachmittags um 2 Uhr abhalten. — Die Präsidentenwahl soll am Donnerstag stattfinden. Die Wiederwahl des Landes-Directors v. Lepowom ist gewisslich. Das Centrum wird für die Stelle des ersten Vizepräsidenten den Grafen Hompeich

vorschlagen; die Nationalliberalen haben einen bestimmten Vorschlag für den zweiten Vizepräsidenten noch nicht getroffen, doch ist hier und da von Dr. Birkin die Rede.

— Schluß der preussischen Landtagsession. Der Schluß der preussischen Landtagsession ist jetzt offiziell am Mittwoch, den 5. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Weißen Saale des Berliner Schlosses festgesetzt worden, der Kaiser wird den Landtag mit einer Thronrede schließen. Dieser feierliche Schluß der letzten Session der Legislaturperiode gilt der vollständigen Steuerreform des Finanzministers Müntz. — Für die Militärvorlage sollen nach einer durch die Zeitungen gegebenen Notiz nicht weniger als 20 Mitglieder der Centrumspartei, 20 Mitglieder der freisinnigen Volkspartei (Antiemit) sein. Ob sich die Dinge wirklich so verhalten, wollen wir dahingestellt sein lassen, da die Entscheidung im Reichstage ja bald erfolgen wird.

— Die Parteien im neuen Reichstage. Nach einer Aufstellung werden die Parteien in folgender Stärke in den neuen Reichstage einzugehen: 75 Konservativ (+ 8), 23 Reichspartei (+ 5), 53 Nationalliberal (+ 11), 14 freisinnige Vereinigung, 24 freisinnige Volkspartei (- 30), 11 süddeutsche Volkspartei (+ 1), 95 Centrum (- 11), 4 bayerischer Bauernbund (nebt Sigl.) 7 Weisen (- 3), 19 Polen (+ 2), 1 Däne, 8 kaiserliche Minister, 2 Kaiser für die Militärvorlage, deren Parteizugehörigkeit noch unbestimmt ist, 17 Antisemiten (+ 11), 44 Sozialdemokraten (+ 8).

— Der Bundesrat hielt am Montag eine außerordentliche Sitzung ab, in der die Militärvorlage genehmigt wurde. Ebenso fand der Entwurf einer Verordnung betr. das Verbot der Ausfuhr von Stroh- und Futtermitteln die Zustimmung des Bundesrats. Die Verordnung soll sofort veröffentlicht werden und ungedünkt in Kraft treten.

— Die preussische Staatsministerien hielt Montag eine Sitzung ab. In derselben wurde die Thronrede für den Schluß der Landtagsession festgesetzt. — Die Justizkommission des preussischen Abgeordnetenhauses beantragt beim Plenum, den Antrag des Abg. Berke, betr. die Befreiung der dauernd mehr erforderlicher geordneten Richterstellen mit eintägigen Richtern, in folgender Fassung anzunehmen: „Die kaiserl. Staatsregierung zu erlassen, in den Etat für 1894/95 die Mittel einzuflechten, welche die Justizverwaltung in den Stand setzen, alle in Folge der Geschäftvermehrung nicht bios vorübergehend, sondern dauernd mehr erforderlicher geordneten Richterstellen mit eintägigen Richtern zu besetzen.“

— Die Kommission für Arbeiterstatistik trat am Freitag unter dem Vorhitz des Unterstaatssekretärs v. Hottenburg im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen. Den Verhandlungen wohnten Kommissare des Reichstages, des Handelsministers und des Senats der freien Stadt Hamburg bei. — Landwirthschaftsminister v. Heyden ist Montag früh in Weesbaden eingetroffen und mit dem Regierungspräsidenten v. Zeppel-Bast und Kloster Gerbach gerückt zur Besichtigung des Dominialmeislers. Sodann werden die fiskalischen Wälder Rausas inspizirt.

— Der Reichspostminister meldet die Abberufung des deutschen Ministerpräsidenten in Luxemburg, Grafen v. Waldeck. — „Sehr vernünftig.“ Man könnte glauben, die Sozialdemokraten würden vernünftig, wenn man diese Ueberschrift über einen Abruch aus einem französischen Arbeiterblatt im „Vorwärts“ liest, in dem es heißt: Die Lösung der Militärfrage liegt bei uns Franzosen. Wenn wir auf, von Weandee zu sprechen und Europa wird aufwachen zu rufen.“ Aber man täuscht sich, denn der „Vorwärts“ fährt fort: „Die Lösung der Militärfrage liegt in erster Linie auch bei uns Deutschen.“ Gründe hierfür werden natürlich nicht beigebracht.

— Das bisherige provisorische Handelsabkommen zwischen Deutschland und Spanien scheint ohne Erfolg abgelaufen zu sein. Es ist also keine Vereinbarung wegen eines neuen Vertrages erzielt worden und für absehbare Zeit dürfte an einen solchen kaum zu

Annahme von Inseraten für die am Nachmittags erscheinende Nummer nur bis Vormittags 9 Uhr.

